



Baden-Württemberg

INNENMINISTERIUM
WIRTSCHAFTSMINISTERIUM
PRESSESTELLEN

PRESSEMITTEILUNG

17. März 2010

Sicherheitsforum Baden-Württemberg veröffentlicht SiFo-Studie 2009/10

Innenminister Heribert Rech und Wirtschaftsminister Ernst Pfister:

„Die Studie leistet Grundlagenarbeit und gibt Betrieben wertvolle Handlungsempfehlungen zum Schutz vor Wirtschafts- und Industriespionage“

Spionage und ungewollter Abfluss von Know-how sind für Unternehmen realistische und vielfach immer noch unterschätzte Gefahren. Zu diesem Schluss kommt eine heute in Stuttgart von Innenminister Heribert Rech und Wirtschaftsminister Ernst Pfister vorgestellte Studie des Sicherheitsforums Baden-Württemberg zum Thema „Know-how-Schutz in Baden-Württemberg“. Ziel der Studie war es, Fälle von Industrie- und Wirtschaftsspionage statistisch zu ermitteln und ihre Auswirkungen auf die Unternehmen zu untersuchen. Aus den Ergebnissen hat das Sicherheitsforum praktische Handlungsempfehlungen für Unternehmen abgeleitet.

„Die Studie zeigt deutlich: Unternehmen können noch mehr tun, um sich gegen die Ausspähung ihrer Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu schützen“, betonte Innenminister Heribert Rech am Mittwoch, 17. März 2010, in Stuttgart. „Das Hightech-Land Baden-Württemberg muss sich besser schützen, und dabei kann die Publikation helfen“, ergänzte Wirtschaftsminister Ernst Pfister. Studie und Handlungsempfehlungen seien

ein wichtiger Beitrag für zielgerichtete Maßnahmen zum Schutz betrieblichen Know-hows.

Die „SiFo-Studie 2009/10 - Know-how-Schutz in Baden-Württemberg“ sei im Auftrag des Sicherheitsforums Baden-Württemberg vom Ferdinand-Steinbeis-Institut gemeinsam mit Experten der School of Governance, Risk & Compliance der Steinbeis Hochschule Berlin erarbeitet worden. Mit ausgewerteten Angaben von rund 240 baden-württembergischen Unternehmen handle es sich um eine der größten themeneinschlägigen Untersuchungen zur Wirtschafts- und Industriespionage in Unternehmen. Rech und Pfister appellierten an die baden-württembergischen Betriebe, sich die Handlungsempfehlungen der Studie zueigen zu machen und sich bei Problemen an das Sicherheitsforum zu wenden.

Zentrale Ergebnisse der Studie:

Geistiges Eigentum wird zu wenig geschützt

Rund die Hälfte der Unternehmen, die an der Befragung teilnahmen, betreiben Forschung und Entwicklung an einem Standort in Baden-Württemberg. Fast jedes vierte forschungsstarke Unternehmen verfügt über gebrauchsmusterfähige, jedes dritte sogar über patentfähige Erfindungen, ohne sie aber entsprechend rechtlich zu schützen. Die Unternehmen scheuen vor allem den hohen zeitlichen, finanziellen und rechtlichen Aufwand eines Patentrechtsverfahrens. Nur 58 Prozent der forschungsintensiven Unternehmen gaben an, den besonders wichtigen Bereich Forschung und Entwicklung gegen Industrie- und Wirtschaftsspionage intensiv zu schützen. Sieben Prozent bezeichneten ihre Schutzvorkehrungen selbst als schwach.

Unternehmen erleiden Schäden

Etwa 38 Prozent der Unternehmen wurden in den letzten vier Jahren in ihren Urheberrechten verletzt (Verstöße gegen Patentrechte, Gebrauchsmuster, Markenrechte oder Geschmacksmuster). Die Schäden wurden auf 10.000 Euro bis über zwei Millionen Euro je Vorfall beziffert. Der durch-

schnittliche Verlust betrug rund 365.000 Euro. Etwa jedes sechste Unternehmen und mehr als jedes vierte forschungsintensive Unternehmen war von mindestens einem Fall des Verrats oder der Ausspähung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen betroffen. Die wirtschaftlichen Schäden wurden von den Unternehmen im Durchschnitt mit rund 170.000 Euro angegeben. Forschungsintensive Unternehmen wurden mit durchschnittlich rund 260.000 Euro stärker geschädigt. Bei jedem fünften Unternehmen lagen die Schäden deutlich über einer halben Million Euro.

Täter sind unternehmensnah

Über 70 Prozent der Wirtschaftsstraftäter kamen aus den Reihen der geschädigten Unternehmen. In fast jedem fünften Fall waren Topmanager beteiligt, in nahezu jedem dritten Fall ein Mitarbeiter aus dem mittleren Management. Im Durchschnitt gehörten sie dem Unternehmen seit zehn Jahren an, waren etwa 40 Jahre alt und überdurchschnittlich gebildet. Externe Tätern hatten eine durchschnittlich sechsjährige Geschäftsverbindung zum geschädigten Unternehmen. Ausländische Nachrichtendienste spielen in der Studie, die überwiegend kleine und mittlere Unternehmen erfasst, mit sechs Prozent nur eine untergeordnete Rolle. Bei forschungsintensiven Großunternehmen kann dieses Risiko größer sein. Außerdem dürfte die Arbeit von Nachrichtendiensten wegen ihrer hohen Professionalität schwerer zu entdecken sein. Trotz dieser Ergebnisse schätzen die befragten Unternehmen das Risiko, durch technische Angriffe auf ihre Informationstechnik und sonstige Geräte ausgespäht zu werden, höher ein als eine Schädigung durch eigene Mitarbeiter oder externe Personen. Mehr als die Hälfte der Unternehmen hält es sogar für unwahrscheinlich, dass eigene Mitarbeiter involviert sein können. Die Studie belegt, dass dies eine Fehleinschätzung ist.

Unternehmen können ihre Schutzmaßnahmen verbessern

Ogleich die Mehrzahl der Unternehmen das Risiko, in den nächsten Jahren durch Produkt- und Markenpiraterie und durch Industrie- und Wirtschaftsspionage geschädigt zu werden, hoch einschätzt, planen die wenigsten Unternehmen einen Ausbau ihrer Sicherheitsstandards. Dabei

sind die bisherigen Maßnahmen zum Schutz der Gebäude- und IT-Sicherheit oft lückenhaft. Nur etwas mehr als die Hälfte der forschungsintensiven Unternehmen verschlüsseln beispielsweise ihre Daten, ihre Datenetze und ihren E-Mail-Verkehr. Unterschätzt werden vor allem die Risiken, die von Unternehmensangehörigen und Geschäftspartnern ausgehen. So sind Schulungen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter, die Einrichtung eines Hinweisgebersystems, Risikoanalysen von Geschäftspartnern und Risiko- und Schwachstellenanalysen im eigenen Unternehmen noch zu wenig verbreitet.

Handlungsempfehlungen für Unternehmen

Das Sicherheitsforum Baden-Württemberg hat auf der Grundlage der Erkenntnisse der „SiFo-Studie 2009/10“ auch „Handlungsempfehlungen für Unternehmen“ entwickelt. Das sind beispielhafte Leitideen für das strategische und operative Sicherheitsmanagement und für eine Nachhaltigkeitsprüfung. Mit Hinweisen auf Beratungsangebote von Behörden und Verbänden geben die Handlungsempfehlungen zudem Anregung und Hilfestellung, Netzwerke zum Schutz vor ungewolltem Know-how-Abfluss zu knüpfen oder zu erweitern.

*

Die „SiFo-Studie 2009/10 -Know-how-Schutz in Baden-Württemberg“ und die „Handlungsempfehlungen für Unternehmen“ können von der Internetseite des Sicherheitsforums (www.sicherheitsforum-bw.de) oder des Innenministeriums (www.im.baden-wuerttemberg.de) heruntergeladen werden. Die Druckfassung kann auch telefonisch bei der Pressestelle des Innenministeriums (Telefonnummer: 0711 231 3030) oder auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums (www.wm.baden-wuerttemberg.de) oder bei der Steinbeis-Edition www.steinbeis-edition.de bestellt werden.

*

Das Sicherheitsforum Baden-Württemberg ist ein unabhängiges Gremium aus Firmen, Forschungseinrichtungen, Verbänden, Kammern und Behörden. Es verfolgt keine geschäftlichen Interessen und ist politisch nicht gebunden. Die Aufgabe des Sicherheitsforums ist es, den Technologie-

vorsprung der baden-württembergischen Wirtschaft und Forschung vor
Wirtschaftsspionage zu schützen.